

Entgegen den auf dem Genfer Gipfeltreffen offiziell bekundeten Absichten erstreben extreme Kräfte in der Führung der USA militärische Überlegenheit aus Gier nach Superprofiten und nach Weltherrschaft. Die Sowjetunion, die sozialistischen Staaten, also auch wir, sollen jetzt dazu gebracht werden, den friedlichen Kurs internationaler Politik, der für alle Völker Zukunftsgewißheit bedeutet, zu verlassen. Mit anderen Worten: Während die Sowjetunion Kooperation statt Konfrontation anbietet, eskalieren die aggressivsten Kreise der USA die Konfrontation zur friedensbedrohenden Provokation. Wer daran noch zweifelte — die Aggression gegen Libyen hat es überdeutlich bewiesen.

Die Sowjetunion, die sozialistischen Staaten müssen selbstverständlich auf jede neue imperialistische Rüstungseskalation angemessen reagieren. Militärische Überlegenheit wird nicht zugelassen.

„Washington erwartet von den westeuropäischen Verbündeten eine härtere Gangart“ — auch das forderte der schon von Genossen Heinz Keßler zitierte Staatssekretär im Pentagon. Dieser destruktiven Politik erweist die Regierung der BRD Unterstützung, insbesondere durch ihren unlängst vollzogenen Beitritt zum sogenannten SDI-Programm. Diesen verhängnisvollen Schritt darf man nicht bagatellisieren, denn jedermann weiß, daß die Verwirklichung des „Sternenkriegsprogramms der USA zu einer äußerst gefährlichen Destabilisierung der internationalen Lage, zum Anwachsen der Kriegsgefahr führen würde. Gerade in der gegenwärtig zugespitzten Situation halten wir es für angebracht, daß auch die BRD ihre historische und moralische Friedenspflicht erfüllt und alles unterläßt, was den Interessen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Schaden zufügt.

Mit der Militarisierung der internationalen Beziehungen wird die Welt an einen Punkt gebracht, an dem die Geschehnisse außer Kontrolle zu geraten drohen. Deshalb heißt es in der Stellungnahme unseres Politbüros zum XXVII. Parteitag der KPdSU: „In der Welt haben sich heute objektive Bedingungen herausgebildet, unter denen die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus sich einzig und allein als friedlicher Wettbewerb vollziehen kann.“²

Das Zeitalter der Kernwaffen hat seine eigene Logik. Diese Waffen in nie gekannten Mengen, mit nie gekannter und nicht mehr vorstellbarer Zerstörungskraft in den Händen militantester Kreise, haben die Frage Krieg — Frieden auf völlig neue Weise in den Mittelpunkt gerückt. Frieden kann nicht errüstet werden. Wohin das imperialistische Credo vom „Frieden durch Stärke“ führt, haben zwei Weltkriege bewiesen. Nuklearer Krieg ist kein rationales Mittel mehr, um politische Ziele zu erreichen. Nuklearer Krieg wäre das Ende jeder Politik!

Dies fordert den totalen Bruch mit alten Denk- und Verhaltensweisen. Es gilt, wie

² Stellungnahme des Politbüros des Zentralkomitees der SED zum XXVII. Parteitag der KPdSU. In: Neues Deutschland (B), 12. März 1986.